

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 21 | 20. Dezember 2019



1. Weihnachtsgrüße und Jahresrückblick

2019 neigt sich dem Ende zu, wir schauen auf ein bewegtes politisches Jahr zurück! Ich schaue zurück auf viele aufregende und auch einige traurige Ereignisse. Zum Beispiel auf die Europawahl, den Rücktritt von Andrea Nahles, die Neuwahl der Parteispitze der SPD, damit verbunden immer die Frage, wie sich die SPD zur Halbzeit der GroKo positionieren wird. Die Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als SPD-Vorsitzende hat aber nicht zu einem Bruch der Koalition geführt.

Und wir haben in der GroKo mit der Einigung bei der Grundsteuer, bei der Grundrente, mit dem Migrationspaket, der BAföG-Erhöhung und zuletzt mit dem Klimapakete viel Großes angepackt und geschafft.

Traurige Vorfälle gab es auch. Der Mord an unserem Parteifreund Walter Lübke und der Anschlag in Halle beschäftigen mich auch heute noch. Rechtsextremismus und Antisemitismus

dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben – und doch kämpfen wir heute wieder mehr damit. Ich frage mich, wie wir dem Ruck nach Rechtsaußen eines Teils unserer Gesellschaft entgegenwirken können und die Menschen wieder besser dort abholen können, wo sie stehen. Dabei geht es vor allem auch um gute Kommunikation und das Signal von uns Politikern, dass wir wirklich offen für das sind, was die Menschen bewegt.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für 2020 viel Freude, Glück, Gesundheit und Zufriedenheit!



Markus Grübel vor dem Weihnachtsbaum der Lebenshilfe im Paul-Löbe-Haus. (Foto: CS)

2. Einigung beim Vermittlungsausschuss zum Klimaschutzprogramm 2030

Im Bundestag haben wir diese Woche dem Klimapaket zugestimmt, dass im Vermittlungsausschuss mit breiter Mehrheit angenommen wurde. Wichtig war es uns, Umweltschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Ausgleich zu verbinden.

In einem ersten Schritt setzen wir bereits ab dem nächsten Jahr Anreize für klimafreundliches Verhalten: Bahnfernfahrten werden durch die Umsatzsteuersenkung billiger und durch eine erstmalige steuerliche Förderung wird die energetische Gebäudesanierung deutlich attraktiver. In einem zweiten Schritt wird ab 2021 das klimaschädliche CO₂ schrittweise teurer. Gleichzeitig schaffen wir Entlastungen über die Pendlerpauschale und die EEG-Umlage. Ich bin

froh, dass wir in nur drei Monaten einen guten Kompromiss finden konnten.

Weitere Infos zum Klimapaket finden Sie in der Angehängten Pressemitteilung unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andreas Jung, der bei den Verhandlungen zum Klimapaket ganz vorne mit dabei war.

3. Beobachtungszeitraum für Vergleichsmiete verlängert

Diese Woche haben wir ein Gesetz beschlossen, mit dem der Betrachtungszeitraum für die ortsübliche Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahre verlängert wird. Die Verlängerung des Betrachtungszeitraums wird zu einer Dämpfung des Mietpreisanstiegs führen, da eine größere Anzahl älterer Mietverträge in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete einfließen wird. In älteren Mietverträgen ist derzeit in der Regel eine günstigere Miete verankert. Insbesondere die Situation auf Wohnungsmärkten mit stark steigenden Angebotsmieten wird dies zu einem schwächeren Anstieg der ortsüblichen Vergleichsmiete führen. Auch kurzfristige Schwankungen des Mietwohnungsmarktes haben dadurch geringere Auswirkungen auf die ortsübliche Vergleichsmiete. Außerdem haben wir in erster Lesung eine Verlängerung der Mietpreisbremse für die Dauer von fünf Jahren diskutiert.

4. Datenschutzbeauftragte in Vereinen – Vorschriften verbessert

Bei der Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gibt es nun Erleichterungen. Unternehmen, Betriebe und Vereine müssen nun erst ab einer Mitarbeiterzahl von 20 Personen, die mit personenbezogenen Daten arbeiten, einen Datenschutzbeauftragten stellen. Bisher war dies in nichtöffentlichen Stellen bereits bei zehn Personen der Fall. Schon im Juni 2019 hat der Deutsche Bundestag das Bundesdatenschutzgesetz angepasst. Nach Zustimmung des Bundesrates ist das Gesetz am 26. November 2019 in Kraft getreten.

Ich sehe diese Änderungen positiv: Damit wurden unverhältnismäßige Belastungen für kleine Unternehmen, Betriebe und Vereine abgewehrt. Die DSGVO wird oft als zu streng kritisiert und hat gerade Vereine und Ehrenamtliche vor große Herausforderungen gestellt. Mit der Anpassung haben wir eine echte Erleichterung bei der Umsetzung der DSGVO geschaffen!

5. Freie Bahnfahrt für Soldaten in Uniform!

Diese Woche wurde final vereinbart, dass Soldaten in Uniform ab dem 1. Januar 2020 kostenlos und uneingeschränkt das Reiseangebot der Deutschen Bahn im Fernverkehr nutzen können. Das kostenlose Bahnfahren für unsere Soldaten ist eine wichtige Wertschätzung für unsere Truppe und ein starker Beitrag für die Sichtbarkeit unserer Bundeswehr. Unsere

Soldaten gehören in die Mitte unserer Gesellschaft! Dazu zählt auch, dass es in Zukunft auch einen Militärrabbiner in unserer Bundeswehr geben wird.

Zahl der Woche

8

Acht Menschen sterben im Durchschnitt jeden Tag auf Deutschlands Straßen. Auch wenn das immer noch zu viel ist, steht hinter dieser Zahl des Statistischen Bundesamtes dennoch eine gute Nachricht, denn die Zahl der Verkehrstoten weiter gesunken. Im Jahr 2019 wird die Zahl der Verkehrstoten voraussichtlich erneut geringer ausfallen als im Vorjahr und damit wohl einen historischen Tiefstwert erreichen. Noch nie im nunmehr sechzigjährigen Bestehen der Statistik war die Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen geringer. Zwar gibt es auch in diesem Jahr im Straßenverkehr Verletzte und auch 3090 Todesfälle zu beklagen. Im Vergleich zu den 11.300 Toten im gesamtdeutschen Straßenverkehr 1991 ist die Zahl der Verkehrstopfer jedoch bei einem zugleich deutlich gestiegenen Verkehrsaufkommen erfreulich stark zurückgegangen.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!